

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Tindemans-Bericht - Jahreswirtschaftsbericht 1976 - Währungspolitik - Neue Weltwirtschaftsordnung - Telefongebühren

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1976) : Kurz kommentiert: Tindemans-Bericht - Jahreswirtschaftsbericht 1976 - Währungspolitik - Neue Weltwirtschaftsordnung - Telefongebühren, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 2, pp. 59-60

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134911>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Tindemans-Bericht

Zweiklassenrecht in der EG?

Der langerwartete Tindemans-Bericht über die Europäische Union hat zu heftigen Kontroversen geführt. Während die Bundesrepublik und Frankreich positive Stellungnahmen abgaben, wurden vor allem in Whitehall und seitens der Brüsseler EG-Kommission starke Vorbehalte angemeldet. Die Kritik an dem schmucklosen, aber nach Ansicht vieler mit dem Blick für das wenige tatsächlich Machbare geschriebenen Bericht richtet sich nicht zuletzt gegen die Empfehlung, eine abgestufte Teilhabe an der angestrebten Wirtschafts- und Währungsunion einzuführen und so jenen Staaten, die in der Integration rascher voranschreiten möchten, dies auch zu ermöglichen, den schwächeren Staaten der Gemeinschaft daraus aber keinen Nachteil erwachsen zu lassen. Eine solche Zweiteilung, argumentieren die Kritiker, schaffe nicht nur Mitglieder zweiter Klasse, sondern bringe auch die Versuchung mit sich, das Modell auf verschiedene andere Gebiete auszudehnen. Damit würde man sich aber immer weiter von dem Ziel einer wirklichen Wirtschafts- und Währungsunion, und erst recht von dem einer Europäischen Union, entfernen.

Diese Argumente erscheinen jedoch wenig stichhaltig. Denn will man das Ziel einer Europäischen Union ernsthaft anvisieren, dann dürfte dies in der Tat nur möglich sein, indem man den schwächeren Staaten einerseits mehr Zeit läßt und sie andererseits dabei unterstützt, ihre Rückständigkeit zu überwinden. Was die von dem „Zweiklassen“-Vorschlag betroffenen Briten anbelangt, so haben gerade sie noch im Dezember mit ihren an der Zuständigkeit der EG-Kommission vorbei erlassenen Importrestriktionen gezeigt, wie wenig ernst sie es mit Europa meinen. Schließlich muß das temporäre Abkoppeln einiger Staaten auch deshalb befürwortet werden, weil in nächster Zukunft mit Griechenland, der Türkei, Spanien und Portugal weitere „Fußkranke“ an die EG-Tür klopfen werden. hh

Jahreswirtschaftsbericht 1976

Vorsichtiger Optimismus

In ihrem Ende Januar veröffentlichten Jahreswirtschaftsbericht peilt die Bundesregierung ein reales Wirtschaftswachstum von 4 bis 5 % an; sie liegt damit auf der Linie der bereits von der Arbeitsgemeinschaft der wirtschaftswissenschaftlichen

Forschungsinstitute und dem Sachverständigenrat abgegebenen Prognosen. Nach dem Rückgang des Bruttosozialprodukts um 3,6 % im vergangenen Jahr mag diese Projektion auf den ersten Blick recht optimistisch erscheinen. Ihr liegt jedoch die Vorstellung eines vergleichsweise verhaltenen Aufschwungs zugrunde: Schon zu Beginn dieses Jahres war das Bruttosozialprodukt etwa 2 % höher als im Jahresdurchschnitt 1975; für 1976 wird also mit einem nur mäßigen laufenden Anstieg gerechnet. Bei einem gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsanstieg von ebenfalls 4 bis 5 % erwartet die Regierung erst im späteren Verlauf des Jahres einen deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Vorsicht läßt die Regierung auch bei der Prognose der Anlageinvestitionen walten. Das gilt insbesondere für die Investitionen der öffentlichen Hand. Möglicherweise haben hier die Erfahrungen aus dem vergangenen Jahr eine Rolle gespielt. Nach der bemerkenswerten Fehleinschätzung im Jahreswirtschaftsbericht 1975 (prognostiziert wurde eine Zunahme der öffentlichen Investitionen um nominal 12 bis 14 %, realisiert wurden aber trotz mehrerer Konjunkturprogramme nur 5½ %) dürfte der für 1976 angestrebte Anstieg um nominal 3 bis 4 % den Finanzierungsmöglichkeiten der Gebietskörperschaften eher Rechnung tragen.

Ohnehin ist die Gefahr einer Fehlprognose diesmal erheblich geringer als noch Anfang 1975. Damals war der konjunkturelle Wendepunkt noch nicht erreicht; sowohl Ausmaß als auch Dauer des Abschwungs waren ungewiß. Heute indes ist der Tiefpunkt längst passiert, so daß zumindest über die Richtung des weiteren Konjunkturverlaufs keine Unsicherheit mehr besteht. gh

Währungspolitik

Überflüssiger IWF?

Das vom IWF-Interimsausschuß in Jamaika verabschiedete „Reformpaket“ wird von zahlreichen Kommentatoren als entscheidender Schritt zu einer neuen Währungsordnung angesehen. Solche euphorischen Äußerungen der ersten Stunde dürften die Bedeutung dieser Beschlüsse allerdings überschätzen.

Sicher ist wohl nur, daß man in Kingston endgültig Abschied von den anspruchsvollen Reformentwürfen der letzten drei Jahre nahm und sich bemüht, die Realität wieder einzuholen. Ein wichtiger Schritt dazu ist die Legalisierung des Floating und damit des gegenwärtigen Mischsystems. Dieses System ist letztlich nur ein Reflex des mißlungenen Versuchs, die von nationalen Prioritäten dominierten

Konjunkturpolitiken der IWF-Länder zu koordinieren; eine Aufgabe, die die Position des IWF hätte stärken können. Zwar wird als langfristiges Ziel weiterhin ein System fester, aber anpassungsfähiger Kurse anvisiert, in dem der IWF eine Koordinationsfunktion haben könnte. Betrachtet man aber die Entwicklung der internationalen Liquidität, deren Expansion der IWF weitgehend ohnmächtig zusehen mußte – allein von 1970 bis Oktober 1975 erhöhten sich die internationalen Reserven um 142 % –, dann dürfte die Realisierung dieses Systems papierne Forderung bleiben, weil sich die Länder nur durch flexible Wechselkurse gegen die damit verbundenen inflationären Impulse wehren können.

Angesichts der Hilflosigkeit des IWF bei der Koordination der nationalen Konjunkturpolitiken und der Steuerung der internationalen Liquidität sowie seiner in Jamaika partiell sichtbar gewordenen Denaturierung von einer Währungsinstitution zu einem Instrument der Entwicklungshilfe stellt sich die Frage, ob der IWF nicht überflüssig wird oder ökonomisch sinnvoll mit der für Entwicklungshilfe zuständigen Weltbank zusammengelegt werden sollte.

kr

Neue Weltwirtschaftsordnung

Wirtschaftliche Détente notwendig

Im Rahmen seiner in der deutschen Presse wenig beachteten Indien-Reise nutzte der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Egon Bahr, eine Feierstunde aus Anlaß des zwanzigjährigen Bestehens der Deutsch-Indischen Handelskammer, um noch einmal den Standpunkt der Bundesrepublik zu den Forderungen nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung deutlich zu machen. In diesem Zusammenhang kritisierte der Minister die Preispolitik der OPEC. Sie führe zu einer neuen internationalen Inflation sowie zu weltweitem Dirigismus und Immobilismus, unter denen vor allem die armen Länder zu leiden hätten. So seien etwa die Entwicklungshilfeleistungen vieler Industrieländer zurückgegangen. Notwendig zur Sicherung der „gemeinsamen Prosperität“ sei, so Minister Bahr, eine wirtschaftliche Détente, mit deren Hilfe größere Stabilität der wirtschaftlichen Beziehungen in monetärer und handelspolitischer Sicht gewonnen werden könne.

Ort und Zeitpunkt für diese Worte waren gut gewählt: Noch immer hat Indiens Stimme im Kreis der Entwicklungsländer großes politisches Gewicht. Kein Land spürt die Folgen weltwirtschaftlicher Veränderungen so schnell und so deutlich wie Indien, und nur wenige Länder stehen vor ähnlich komplexen politischen und wirtschaftlichen

Problemen. Und was den Zeitpunkt der Äußerungen angeht, so treffen sich in diesen Tagen die Vertreter der Entwicklungsländer in Manila, um ihre Marschrichtung für die UNCTAD-Konferenz in Nairobi festzulegen. Außerdem beginnen im Februar die Ausschlußberatungen der „Konferenz für wirtschaftliche Zusammenarbeit“ zwischen Industrie- und Entwicklungsländern in Paris, in denen über Formen einer Neuen Weltwirtschaftsordnung diskutiert wird. Man darf gespannt sein, welches Echo Bahrs eindeutige Sprache in diesen Gremien finden wird.

mk

Telefongebühren

Bundeskabinett aus dem „Takt“

Das am 29. 9. 1975 vom Postverwaltungsrat verabschiedete neue Tarifsyst. hatte in den letzten Monaten eine leidenschaftliche Diskussion zur Folge, die letztlich die Bundesregierung zu einem Einlenken bewogen hat. Das geplante Konzept sah vor, die historisch gewachsenen Ortsnetze unter dem Gesichtspunkt größerer Tarifgerechtigkeit durch flächengleiche Nahverkehrsbereiche abzulösen, innerhalb derer man zur Ortsgebühr telefonieren kann. Um die aus dieser Maßnahme resultierenden Gebührenverluste und zusätzlichen Kosten in Grenzen zu halten, wurde die Einführung einer Zeitzählung (Vier-Minuten-Takt) vorgeschlagen, gegen die sich allorts Proteststürme erhoben. Als Argumente gegen die Zeitzählungen wurden u. a. die zusätzliche Belastung der Wirtschaft und die Benachteiligung der alten Bürger, der Behinderten sowie der sozial Schwachen ins Feld geführt.

Die Nachteile für den letztgenannten Personenkreis ließen sich jedoch umgehen, wenn den ca. 260 000 „Sozialtelefonen“ die schon ermäßigte Grundgebühr nochmals reduziert oder ihnen eine Anzahl von kostenlosen Gebühreneinheiten eingeräumt würde. Außerdem übersehen die Kritiker, daß zum einen über 80 % aller Ortsgespräche ohnehin kürzer als vier Minuten sind, und zum anderen in den Nahverkehrsbereichen die Gebühren sich um mehr als 50 % ermäßigen würden. Weder diese Erkenntnis noch die Tatsache, daß die zeitliche Inanspruchnahme des Telefons kostenwirksamer ist als die Gesprächsentfernung, konnte aber die Bundesregierung zu einer vernünftigen Entscheidung bewegen. Statt dessen wurde wieder einmal die vor Wahlterminen übliche Taktik des Ausklammerns angewandt: In sechs Ballungsräumen wird ein Acht-Minuten-Takt probeweise eingeführt; eine endgültige Regelung ist erst für 1978 vorgesehen. Es bleibt abzuwarten, ob der jetzigen Bundesregierung dann überhaupt noch Entscheidungen abverlangt werden.

te